

Deutsche Burschenschaft



Vorsitzende Burschenschaft

Vorsitzende Burschenschaft der Deutschen Burschenschaft
Alte Rostocker B! Obotritia Goethestraße 7 D-18055 Rostock

An alle Amtsträger, Aktivitates,
Altherrenvereinigungen und
interessierten Verbandsbrüder
der Deutschen Burschenschaft

- mittels elektronischer Post -

**Alte Rostocker
Burschenschaft Obotritia
Vorsitzende Burschenschaft
Goethestraße 7
D-18055 Rostock**
Telefon: +49/381/4031581
Telefax: +49/381/4031582
vorsdb@burschenschaft.de

19. Dezember 2003

Zeichen: schnellinfo05-03/04

- DB-Schnellinfo Nr. 05 im Geschäftsjahr 2003/04

Sehr geehrte Herren,

die Vorsitzende Burschenschaft des
Geschäftsjahres 2003/04, die Alte
Rostocker Burschenschaft Obotritia,
gibt Ihnen die nachfolgend aufgeführ-
ten Termine und Informationen be-
kannt.

1. Erreichbarkeit der Vorsit- zenden Burschenschaft

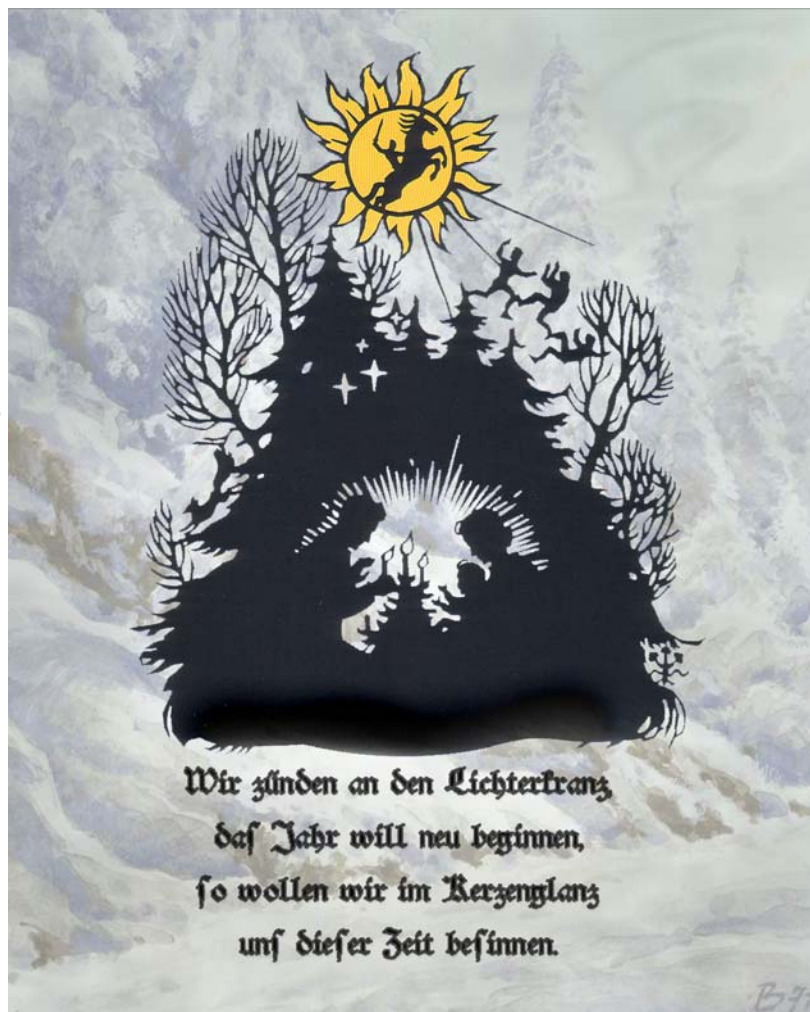
Wie in den letzten Schnellinformatio-
nen des Geschäftsjahres 2003/2004
bereits veröffentlicht, geben wir Ih-
nen hiermit die Kontaktmöglichkeit
der Vorsitzenden Burschenschaft be-
kannt.

*Alte Rostocker Burschenschaft Obotritia
Goethestraße 7
D-18055 Rostock*

*Telefon: +49 / (0) 381 / 40 31 581
Telefax: +49 / (0) 381 / 40 31 582
vorsdb@burschenschaft.de*

Sprechstunde: dienstags von 19 bis 21 Uhr

Wir weisen darauf hin, dass Auskünfte über die Telefon - und Faxnummern des aktiven Bundes nicht erteilt werden.



Anfragen außerhalb der Sprechstunden bitten wir nur noch auf elektronischem Wege und nur an die oben angegebene ePost – Adresse, fernschriftlich oder postalisch zu senden. Zudem bitten wir darum, wie in der Vergangenheit auch, die Post an die Vorsitzende Burschenschaft und den aktiven Bund durch entsprechende Kennzeichnung zu trennen.

2. Neues von der Internetpräsenz der Deutschen Burschenschaft

Rechtzeitig zum Nikolaustag haben Herr Lenz und Herr Lönnecker einige weitere studentenhistorische und burschenschaftliche Dokumente elektronisch verarbeitet und in die Rubrik "Studentika" unter www.burschenschaft.de integriert.

Die exakte Internetadresse lautet <http://www.burschenschaft.de/studentika/index.htm> .

Unter der Rubrik www.burschenschaft.de/ebook hat Herr Verbandsobmann Lenz ein neues Angebot integriert. Da verstärkt die Benutzung von elektronischen Dokumenten auf PCs, Taschencomputern und mobilen Endgeräten erfolgt, möchte er auch die Deutsche Burschenschaft im Bereich dieser Medien auf Platz Nr. 1 der Anbieter stellen. Auf dieser Seite werden im Laufe der Zeit einige besondere Publikationen und Dokumente im sogenannten eBook-Format zum Herunterladen bereitstehen.

Diese Dokumente können dann mit dem Programm "Microsoft Reader" betrachtet und sogar vorgelesen (Sprachausgabe) werden. Bislang werden dort zwei eBooks angeboten: Zum einen die aktuellen Adressen / Mitgliedbünde-Übersicht (Kopie der Mitgliederseite des Internet) sowie zum anderen ein Beitrag von Herrn Dr. Harald Lönnecker über den Burschenschafter Theodor Mommsen, dessen Todestag sich 2003 zum einhundertsten Mal jährt.

3. weitere Seminare der Deutschen Burschenschaft

In der Tabelle zur Veranstaltungsübersicht finden Sie in gewohnter Manier auch die Termine für kommende Seminare der Deutschen Burschenschaft. Näheres zum Ablauf und zum Inhalt der Veranstaltungen finden Sie unter www.burschentag.de unter dem Menüpunkt „Seminarwesen“.

4. Fazit vergangener Veranstaltungen

Anlässlich des CDU- Parteitages übernahm die Leipziger Burschenschaft Arminia die Aufgabe der Verteilung eines „Offenen Briefes“ der Deutschen Burschenschaft. In diesem Brief äußerte sich die Deutsche Burschenschaft über die Verfahrensweise des Ausschlusses des MdB, Martin Hohmann. Gegen 9.40 Uhr begannen die beauftragten Burschenschafter mit dem Verteilen der etwa 100 gedruckten Exemplare direkt vor dem Delegierteneingang. Weder die anwesenden Polizeikräfte noch die Ordner behinderten diese Aktion.

Nebst den zahlreichen Delegierten gelang es den Burschenschaffern u.a. auch Herrn Schönbohm, Herrn Wulff, sowie Herrn von Beust ein Exemplar auszuhändigen. Mit einem Delegierten, der sich selber als dem CV zugehörig zu erkennen gab, wurde sogar kürzeres Gespräch geführt, in welchem er zu verstehen gab, dass er unseren Missmut über die Vorgehensweise Frau Merkels teilte. Anwesenden Vertretern der Presse, darunter N-TV, des MDR, sowie RTL reichten die Burschenschafter ebenfalls ein Exemplar.

Neben Herrn Andreas Werner (Königsberger B! Teutonia und Greifswalder B! Germania vereinigt zu Marburg an der Lahn et B! Arminia Leipzig nahmen auch die Herrn Paul Illge (

CB! Araucania Santiago Chile et Leipziger B! Arminia) und Alex Klein (Leipziger B! Arminia) an der Aktion teil. Wir danken den Herrn für die schnelle Einsatzbereitschaft.

In der Presse reagierte in den folgenden Tagen zum Beispiel das Blatt „Neues Deutschland“ am 2.12.2003 sowie „Die Zeit“ in der Ausgabe Nr.50. Fälschlicherweise wurde darüber informiert, dass es sich bei den Verteilenden um „Burschenschaftler“ der Rostocker Obotritia handelte, welche im Namen ihres Bundes auftreten. Zudem wurde gemeldet, dass das Schreiben eine Verteidigung der „Hohmannrede“ zum Inhalt gehabt haben soll. Der Rechtsausschluss wird diese Falschmeldung noch genauer begutachten.

In der Anlage finden Sie den „Offenen Brief“, sowie die beiden Zeitungsartikel zur eigenen Begutachtung.

5. Sommer-Gewinnspiel im Internet

Im Sommer 2003 hat die Deutsche Burschenschaft allen Internetseiten-Besuchern von www.burschenschaft.de ein Gewinnspiel angeboten. Hierzu mussten von den Teilnehmern drei Fragen beantwortet werden, deren Lösung wiederum auf den Internetseiten der Deutschen Burschenschaft nachgelesen werden konnte. Mit dieser sehr medienintensiven Aktion konnten weit über 5.000 Gewinnspiel-Teilnehmer erreicht werden.

Nachdem die Gewinnerin mittlerweile ermittelt wurde, möchte die Deutsche Burschenschaft dennoch allen anderen Spielteilnehmern ein kleines Dankeschön überreichen. Daher hat der Verbandsrat beschlossen, dass allen Teilnehmern eine Sonderausgabe der Burschenschaftlichen Blätter zugesandt wird. Darin liegt der zweite Schritt dieser für die Deutsche Burschenschaft sehr öffentlichkeitswirksamen Aktion.

Der Verbandsrat erhofft sich, dass mit dem Versand der Sonderausgabe der Burschenschaftlichen Blätter erneut ein Beitrag für eine positive Presse- und Öffentlichkeitsarbeit geleistet werden kann.

6. Informationen zum Umbau von www.burschentag.de

Das interne Diskussionsforum der Deutschen Burschenschaft im Internet wird derzeit neu gestaltet. Das alte Forum hatte dem enormen Zulauf nicht mehr standhalten können, so dass seit rund drei Wochen bereits an einem neuen Forum gearbeitet wird. Mit diesem neuen Forum erhalten zahlreiche technische Verbesserungen Einzug, so dass die Deutsche Burschenschaft ihren Mitgliedern einen modernen Weg zur Informations- und Kommunikationspolitik anbieten kann. Die Fertigstellung des neuen Forums wird zum Jahreswechsel 2003/2004 erwartet; bis dahin stehen natürlich alle wichtigen Dokumente, Beschlüsse, Nachrichtenblätter und Protokolle weiterhin unter der Internetadresse www.burschentag.de zum Herunterladen zur Verfügung.

7. Beschädigung des Burschenschaftlerdenkmals in Eisenach

In der Nacht vom 14. zum 15. Dezember 2003 ist durch wetterbedingten Einfluss ein Schaden an unserem Burschenschaftlerdenkmal in Eisenach verursacht worden. Die am Montag beginnenden Bauarbeiten wurden leider durch einen in der Nacht zuvor starken Regenguss nachhaltig beeinträchtigt. Bis jetzt wurde erst ein erheblicher Schaden der großen Mauer unterhalb der „Göbelskuppel“ festgestellt. Über nähere Informationen informiert die Vorsitzende in der nächsten Schnellinformation.

8. Mitgliedschaft im Denkmalerhaltungsverein

Die Vorsitzende Burschenschaft erinnert nochmals daran, den Denkmalerhaltungsverein Eisenach e.V. in seiner Tätigkeit durch Beitritt und Finanzierung zu unterstützen. Es sollte zum Selbstverständnis eines jeden Burschenschafters gehören, diese einmalige Stätte deutschen Burschenschaftertums zu erhalten. Die großen Leistungen der letzten Jahre, das Denkmal vor dem Verfall zu bewahren, sollten vom Verband und somit auch durch die Unterstützung jedes einzelnen Burschenschafters weiter fortgeführt werden. Beitrittsformulare zum Denkmalerhaltungsverein finden Sie auf der Internetpräsenz der Deutschen Burschenschaft unter www.burschenschaft.de, Rubrik „Das Burschenschaftsdenkmal in Eisenach“.

9. Veranstaltungsüberblick

An dieser Stelle möchten wir Ihnen einen Überblick über die Veranstaltungen geben, auf welche in dieser und der letzten Schnellinformation Bezug genommen wurde. Weitere Hinweise auf kommende Ereignisse finden Sie ebenso auf der Internetpräsenz der Deutschen Burschenschaft unter www.burschenschaft.de.

Datum	Beschreibung	Ort
06. bis 07. März 2004	Seminar zu Rhetorik und Kommunikation für Einsteiger	Eisenach, Berghotel
13. bis 14. März 2004	Seminar zu Rhetorik und Kommunikation für Fortgeschrittene	Eisenach, Berghotel
19. bis 21. März 2004	47. Skimeisterschaften der Deutschen Burschenschaft	Bad Gastein
20. bis 21. März 2004	Seminar zum Bewerbungstraining	Eisenach, Berghotel
02. bis 06. Juni 2004	Burschentag	Eisenach

Mit burschenschaftlichem Gruß

Michael Hein *M. H.*

- Sprecher der Deutschen Burschenschaft -

Eintrag in den Verteiler der Schnellinfo: <http://www.burschenschaft.de/schnellinfo>
 Akademischer Reisedienst (Buchung für BT 2004): <http://www.burschenschaft.de/reisedienst>
 Porträt der Vorsitzenden Burschenschaft 2003/2004: <http://www.burschenschaft.de/vorsdb>
 Suchmaschine für Korporationen: <http://www.burschenschaft.de/studiosus/>



Deutsche Burschenschaft

Vorsitzende Burschenschaft

Vorsitzende Burschenschaft der Deutschen Burschenschaft
ARB! Obotritia Goethestraße 7 D-18055 Rostock

Ergeht an
die Bundestagsfraktion von CDU und CSU,
an den Bundesvorstand der CDU, an die
Landes- und Ortsvorstände und an die
Teilnehmer des CDU Parteitages

**Alte Rostocker
Burschenschaft Obotritia
Vorsitzende Burschenschaft
Goethestraße 7
D-18055 Rostock**
Telefon: +49/381/4031581
Telefax: +49/381/4031582
vorsdb@burschenschaft.de

28. November 2003

Offener Brief an die CDU und CSU

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Deutsche Burschenschaft hat die Berichterstattung und die Vorgänge im Zusammenhang mit der Rede des MdB Herrn Martin Hohmann in der letzten Zeit aufmerksam verfolgt. Wir möchten auf diesem Wege unser Unverständnis und unseren Unmut über das Verhalten der Parteivorsitzenden Angela Merkel und einiger Mitglieder der CDU Bundestagsfraktion Ausdruck verleihen.

Als Verband von Akademikern, der auf eine Tradition von nunmehr fast 190 Jahren zurückblicken kann, in welchen er maßgeblich an der Gestaltung der Paulskirchenverfassung von 1848 mitgearbeitet hat und dem die Demokratie und Grundrechte schon seit seinem Bestehen immer ein besonderes Anliegen waren, kamen wir zu dem Schluß, dass die Vorgänge und Entscheidungen, welche zum Ausschluß des Fraktionsmitgliedes Martin Hohmann führten, als zweifelhaft zu betrachten sind.

Dem Abgeordneten Hohmann ging es nach seinen eigenen Worten um den Nachweis, „daß der Vorwurf an die Deutschen schlechthin, „Tätervolk“ zu sein, an der Sache vorbeigeht und unberechtigt ist“. Er hat geglaubt, den Nachweis durch einen historischen Vergleich führen zu können, wobei dies schon allein aufgrund der Unterschiede der Geschehensabläufe nicht möglich ist. Demgemäß hat er langatmige Ausführungen zu den Mordtaten der sowjetischen Oktoberrevolution bzw. der bolschewistischen Bewegung und zum Beitrag der Juden daran getätigt, die besser unterblieben wären. Für das von ihm angestrebte Ergebnis hätte die Feststellung ausgereicht: „Trotz der Millionen Toten als Folge der Revolution und der stalinistischen Schreckensherrschaft besteht keine Berechtigung, das russische Volk als ‚Tätervolk‘ zu bezeichnen“.

Die entscheidenden Passagen der Rede sind in den Medien von Anfang an durch die Behauptung verfälscht worden, Hohmann habe die Juden als „Tätervolk“ bezeichnet. Dabei trifft das Gegenteil zu. Zwar hat der Abgeordnete entsprechende theoretische Möglichkeiten angedeutet („könnte man fragen“ und „könnte man bezeichnen“), diese jedoch anschließend selbst deutlich durch folgende Formulierung ausgeschlossen: „Daher sind weder ‚die Deutschen‘ noch ‚die Juden‘ ein Tätervolk“.

Doch statt diesen Behauptungen als Partei standhaft entgegenzutreten, opferte die CDU-Vorsitzende Merkel den Abgeordneten und warf ihn der Presse zum „Fraß“ vor. Diese einsame Entscheidung hat die Vorsitzende Angela Merkel im Alleingang getroffen und damit gegen elementare demokratische Grundsätze verstoßen. Die Gegenstimmen auf der entsprechenden Fraktionssitzung zeigen, daß nicht alle Mitglieder der Fraktion diesem Schritt zustimmen.

Noch am 12. November sagte sie in einem dreiseitigen Schreiben an die Vorsitzenden der CDU-Verbände und Vereinigungen: „In diesem Land und in dieser Union von CDU und CSU kann jeder seine Meinung frei und frank vertreten.“ Es ist bezeichnend, daß sie überhaupt Veranlassung zu einer solchen Aussage gesehen hat. In weiten Kreisen der Bevölkerung wird die Richtigkeit dieses Satzes angezweifelt, insbesondere soweit es sich um sogenannte Tabuthemen handelt.

Ist das Recht auf freie Meinungsäußerung noch wirklich ein demokratisches Grundrecht? Viel wichtiger ist die Frage, ob die CDU überhaupt noch den Grundprinzipien einer demokratischen Partei folgt. Wie sollen wir es verstehen, wenn eine Partei ohne eine wirkliche Diskussion und Prüfung der Angelegenheit einen gewählten Vertreter des Volkes einfach so ausschließen kann, nur weil die veröffentlichte Meinung einer linksliberalen Medienlandschaft und vor allem die anderen Parteien dies verlangen. Noch viel schwerer wiegt die Tatsache, dass damit das Prinzip der Unschuldsvermutung bis die Schuld bewiesen ist eklatant mit Füßen getreten wurde, was diesen Beschluß der Fraktion rechtlich bedenklich und anfechtbar macht. Die Deutsche Burschenschaft ist bisher immer der Überzeugung gewesen, dass in Deutschland, einem Rechtsstaat, ein solcher Vorfall unmöglich ist.

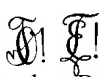
Wir erwarten eine Begründung für diesen Vorgang, welche Frau Merkel der Öffentlichkeit und ihrer Partei bisher schuldig geblieben ist.

Die Deutsche Burschenschaft schließt sich der Äußerung eines langjährigen CDU-Mitglieds und Hochschulprofessors an, welcher in der „Hessenschau“ des hessischen Fernsehens am 25. November treffend feststellte: „Die Meinungsfreiheit ist am Ende“.

Dies kann so nicht hingenommen werden. Die Deutsche Burschenschaft erwartet daher von den führenden Mitgliedern der Union eine Antwort darauf, wie sie die Handhabung der Meinungsfreiheit in der CDU sehen. Von dieser Antwort wird abhängen, ob die Deutsche Burschenschaft ihren zahlreichen Mitgliedern in den Unionsparteien empfehlen soll, ihre weitere Mitgliedschaft in CDU und CSU zu überdenken.

Hochachtungsvoll



Michael Hein 
Sprecher der Deutschen Burschenschaft

ND vom 02.12.03 **Druckausgabe eines Artikels****Merkel predigt großen Sprung****CDU will Systembruch der Sozialversicherung – die Rechnung hat Tücken**

Von Wolfgang Hübner, Leipzig

Eigentlich wollte die CDU auf dem Leipziger Parteitag ungestört ihre Konzepte für die Reform der Sozialsysteme zelebrieren, doch der Geist des Abgeordneten Martin Hohmann war gegenwärtig.

Bevor die 1001 Delegierten des CDU-Parteitages gestern Vormittag das Congress Center der Leipziger Neuen Messe betreten konnten, mussten sie eine Protestfront passieren. Tausende Polizisten und Bundeswehrangehörige empfingen die Christdemokraten aus Wut über Sparmaßnahmen im öffentlichen Dienst mit einem gellenden Pfeifkonzert. Viel unauffälliger waren da ein paar junge Männer, die vor der Halle Flugblätter verteilten. Dessen Text ist für die CDU nicht weniger brisant: Die Rostocker Burschenschaft Obotritia erregt sich darüber, dass die Skandalrede des Bundestagsabgeordneten Martin Hohmann verfälscht worden und der Politiker den Medien zum Fraß vorgeworfen worden sei.

Nein, das soll nach dem Willen der Parteiführung kein prägendes Thema dieses Parteitages werden. Angela Merkel, frisch beschwingt vom Wahlsieg Konrad Adenauers bei der ZDF-Umfrage nach den wichtigsten Deutschen, wollte der SPD den Marsch blasen. Rot-Grün tut das Falsche, und wenn die Regierung doch einmal etwas Richtiges anpacke, dann gehe es zu langsam: »Auch eine Schnecke kann in die richtige Richtung kriechen, aber wir brauchen einen großen Sprung.« Vor allem brauchten die Menschen eine Perspektive, an der sie erkennen könnten, dass sich irgendwann für sie auszahlt, was der Staat ihnen zumutet.

Diesen Gegenwert für die Bürger vermisst Merkel bei der SPD völlig. Inzwischen, merkte sie genüsslich an, zweifele selbst die SPD-Funktionärsschicht an ihrem Kanzler; nicht umsonst wolle die Saar-SPD in ihrem Landtagswahlkampf Gerhard Schröder nicht aus der Nähe sehen. Die CDU will nicht mehr wie die SPD am maroden Sozialsystem herumdoktern, sondern strebt laut Merkel »einen Befreiungsschlag« an. Befreit werden dabei zunächst die Unternehmen – von weiteren Erhöhungen ihres Anteils an den Krankenversicherungsbeiträgen. Den Arbeitgeberanteil will die CDU einfrieren, den Gesamtbeitrag dagegen in eine Kopfpauschale umwandeln, der für alle Menschen unabhängig vom Einkommen gleich sein soll, etwa 200 Euro pro Monat. Dies entspräche den heutigen durchschnittlichen Behandlungskosten, sagt Merkel und fügt hinzu, aus Steuermitteln solle ein sozialer Ausgleich für Kinder und Geringverdienende geschaffen werden. Nach interner Debatte soll nun gesichert werden, dass niemand mehr als 15 Prozent seines Bruttoeinkommens für die Krankenversicherung zahlt.

Wie das Ganze angesichts der Haushaltszwänge bezahlt werden soll, lässt Merkel offen; man müsse eben »die Sozialsysteme von den Arbeitskosten entkoppeln« und so Wachstum und Beschäftigung herauskitzeln. Dass die ganze CDU-Rechnung nicht stimmt, wird hinter den Kulissen diskutiert. Denn das stark vereinfachte Steuermodell, das Fraktionsvize Friedrich Merz heute vorstellen wird, kann nach Ansicht etwa des saarländischen Ministerpräsidenten Peter Müller die Gesundheitskosten nicht decken. Müller plädiert deshalb dafür, die von Merz veranschlagten niedrigen Steuersätze etwas höher zu drücken.

In zehn Jahren jedenfalls soll Deutschland wieder unter den ersten Drei in Europa stehen – Wirtschaftswachstum, Investitionen, Bildung und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Natürlich unter konservativer Führung. Spätestens 2006 will die Union das Ruder übernehmen, und Merkel deutet an, dass man bei Bedarf auch vorher schon bereit sein werde »die Verantwortung zu übernehmen«. Bis dahin muss sie noch im eigenen Laden kämpfen. Dass die CDU schon demnächst einen Kompromiss mit der CSU über einige strittige Fragen der Sozialreformen erzielen wird, daran zweifelt niemand. Das Rennen um die Kanzlerkandidatur der Union läuft. Laut einer neuen Dimap-Umfrage sähen 34 Prozent der Deutschen am liebsten wieder Stoiber als Unionsbewerber, der klar vor Merkel und Roland Koch liegt.

Ach ja, über Hohmann sprach Merkel auch. Kurz und knapp. Einmal erwähnte sie sogar den Namen des Bösen, den die CDU erst nach einigem Zögern ausgetrieben hat. Die Konstituierung der CDU habe in den NS-Gefängnissen begonnen, erklärte Merkel und warf Hohmann vor, programmatische Grundsätze der CDU in Zweifel gezogen zu haben. Dass in der CDU der Bundesrepublik hochrangige Nazis steile Karrieren machten, ließ die Parteichefin unerwähnt. Statt dessen beteuerte sie, die CDU sei weder auf dem rechten noch auf dem linken Auge blind und bezeichnete die Anerkennung der Singularität des Holocausts als Teil der Aussöhnung der Deutschen mit sich selbst.

Damit war freilich das Kapitel Hohmann nicht abgehakt. Einer der ersten Diskussionsredner, ein älterer Mann aus Nordrhein-Westfalen, erregte sich über Hohmanns Parteiausschluss, forderte Gedankenfreiheit und fairen Umgang. Da mussten schon zwei Vize-Parteivorsitzende ins Rennen gehen, um die gewünschte Linie noch einmal vorzugeben. Annette Schavan und Jürgen Rüttgers. »Ich will mit Leuten wie Ihnen nicht in einer Partei sein«, fuhr Rüttgers den Landsmann an. Die Unterzeichner des Aufrufs für »kritische Solidarität« mit Martin Hohmann dürften da anderer Meinung sein. Inzwischen haben ihn über 3000 Mitglieder der beiden Unionsparteien

unterschrieben.

(ND 02.12.03)

© ND GmbH 2003 - Der Inhalt dieser Seiten ist urheberrechtlich geschützt. Die Nachrichten sind nur für die persönliche Information bestimmt. Jede weitergehende Verwendung, insbesondere die Speicherung in Datenbanken, Veröffentlichung, Vervielfältigung und jede Form von gewerblicher Nutzung sowie die Weitergabe an Dritte - auch in Teilen oder in überarbeiteter Form - ohne Zustimmung der Neues Deutschland Druckerei und Verlag GmbH sind untersagt.
Kontakt zur Redaktion redaktion@nd-online.de. ND-Online wird produziert mit: [ONE2Publish](#)